

Einigung für OC Oerlikon in Sicht

Pfäffikon. – Der hochverschuldete Schweizer Industriekonzern OC Oerlikon hat sich womöglich in letzter Minute mit den wichtigsten Kreditgebern und Investoren auf eine Bilanzsanierung verständigt. Das berichtet zumindest die Nachrichtenagentur Reuters am Montagmittag unter Berufung auf «mit der Situation vertrauten Kreise». Geplant sei ein Massnahmenbündel, mit dem die Schuldenlast von 2,5 Milliarden Franken vor allem auf Kosten der bisherigen Aktionäre halbiert werden solle, schreibt Reuters. Die Rettung des Unternehmens liege jetzt in den Händen von mehreren Banken, die zwar nur noch einen kleinen Teil der Schulden hielten, dem Vorschlag aber bis kommenden Montag alle noch zustimmen müssten. Bis Ende des Monats müsse Oerlikon die ersten 600 Millionen Franken zurückzahlen. Am 1. April wolle OC Oerlikon die Lösung auf der Bilanzpressekonferenz vorstellen. An der Börse stieg die Aktie um knapp 4 Prozent in die Höhe. (wfr)

UBS-Ökonomen sind euphorisch

Zürich. – Die Ökonomen der Grossbank UBS rechnen mit einem deutlich stärkeren Wirtschaftswachstum in der Schweiz: Gestern passten sie ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr von 2 Prozent auf 2,5 Prozent an. Der Aufschwung werde vor allem vom dynamischen Binnensektor getragen. Mit dem grösseren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts einher geht laut den UBS-Ökonomen auch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit. Diese werde sich auf durchschnittlich 4,2 Prozent belaufen. Bisher ging die UBS von einer Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent aus. (sda)

Lufthansa droht neuer Pilotenstreik

Frankfurt. – Die Piloten der deutschen Fluggesellschaft Lufthansa wollen nach Ostern wieder streiken. Die Tarifverhandlungen mit der Lufthansa seien gescheitert, teilte die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit gestern mit. Die Lufthansa-Piloten werden nun vom 13. April bis 16. April die Arbeit niederlegen. Sie hatten bereits im Februar einen Tag gestreikt, um dann an den Verhandlungstisch zurückzukehren. (sda)

Bei Saab läuft die Produktion wieder

Trollhättan. – Der schwedische Autohersteller Saab produziert nach anderthalb Monaten Pause und dem Wechsel des Eigentümers erstmals wieder Autos. Wie Saab bestätigte, ist die Produktion gestern wieder angelaufen. Sie musste Anfang des Jahres wegen des laufenden Insolvenzverfahrens und deshalb fehlender Zulieferungen unterbrochen werden. Saab wurde in der Zwischenzeit vom US-Konzern General Motors an die niederländische Sportwagen-Firma Spyker verkauft. (sda)

«Es wird ein Geschrei geben»

Die Entlastung der ehemaligen UBS-Führung komme zu früh, sagt Peter V. Kunz. Für den Berner Wirtschaftsrechtler ist der Entscheid ein Zeichen für fehlendes politisches Fingerspitzengefühl der Grossbank.

Mit Peter V. Kunz* sprach
Andri Rostetter

Herr Kunz, die UBS hat vergangene Woche bekannt gegeben, dass sie dem früheren Verwaltungsrat die Décharge erteilen will. Die Schweizer Öffentlichkeit ist empört. Zu Recht?

Peter V. Kunz: Juristisch gesehen handelt der UBS-Verwaltungsrat korrekt: Ehemalige Verwaltungsräte haben Anspruch auf die Erteilung der Décharge. Zudem hat die UBS ausdrücklich auf eine Verantwortlichkeitsklage gegen Ospel und seine Crew verzichtet. Damit ist die Entlastung auch juristisch konsequent.

Und was spricht dagegen?

Die UBS ist kein normales Unternehmen, sie ist immer noch auf den Goodwill der Öffentlichkeit und der Politiker angewiesen. Die Geschäftsprüfungskommission hat ihren Bericht noch nicht veröffentlicht, das Parlament muss noch über den Staatsvertrag mit den USA entscheiden. Deshalb zeugt es von wenig politischem Fingerspitzengefühl, dass Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger und seine Leute ihre Vorgänger schon jetzt entlasten wollen.

Hat die UBS überhaupt eine Wahl?

Es wäre juristisch möglich, noch ein, zwei Jahre zu warten. Eine Verantwortlichkeitsklage kann fünf Jahre geltend gemacht werden. Ospel wäre damit für die nächsten drei, vier Jahre noch haftbar.

Wie stehen die Chancen für die Erteilung der Décharge?

Die sind intakt. Es wird zwar ein grosses Geschrei geben, aber am Ergebnis wird das kaum etwas ändern. Bleibt noch die Frage, wie deutlich die Aktionäre zustimmen werden.

Dann hat die ehemalige Führungsriege nach der Generalversammlung vom 14. April nichts mehr zu befürchten?

Das stimmt nicht ganz. Auf Strafklagen hat das keine Wirkung, denn bei der Décharge geht es allein um den Schadenersatz.

Eine solche Klage kommt von Aktionärsvertreter Hans-Jacob Heitz. Er hat das frühere UBS-Management wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung angezeigt.



Gerangel absehbar: Die Anlagestiftung Ethos wehrt sich gegen die Entlastung der früheren UBS-Manager. Bild Keystone

Die Chancen für solche Strafanzeigen sind gering, aus einem einfachen Grund: Die zuständigen Staatsanwaltschaften von Zürich und Basel haben sich im Fall UBS bis jetzt wenig zugänglich gezeigt.

«Die Ankläger haben Angst»

Aus welchem Grund?

Die Begründung war, dass ein Anfangsverdacht fehle. Für eine Klage wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung braucht es aber in erster Linie einen Schaden – und bei der UBS haben wir einen Milliarden Schaden.

Wo liegt das Problem?

Ich vermute, die Staatsanwaltschaft-

ten haben Angst – aus zwei Gründen: Erstens wäre der Aufwand für eine Strafuntersuchung enorm hoch. Zweitens fürchten sich die Staatsanwaltschaften vor einer Niederlage. Wenn sie vor Gericht verlieren, dann kommen sie noch stärker ins Kreuzfeuer, als wenn sie gar nichts tun. Das konnte man vor zwei Jahren beim Swissair-Prozess beobachten.

Die UBS scheint nicht wirklich um einen besseren Ruf bemüht zu sein. Letzte Woche wurde bekannt, dass die Grossbank Peter Kurers Abgang mit 4,3 Millionen Franken vergoldet hat. Aus juristischer Sicht ist die Frage simpel: Wenn Kurer Anspruch auf das Geld hatte, muss die UBS diese Pflicht erfüllen. Wenn nicht, wäre das ein Geschenk. Dann hätte die UBS ein Problem und die Aktionäre könnten die Rückzahlung von Kurer an die UBS verlangen.

Die Anlagestiftung Ethos will an der Generalversammlung den Bericht zu den Vergütungen ablehnen.

Das neue Vergütungssystem nimmt die Kursentwicklung zum Massstab für die Entschädigung: je besser der Aktienkurs, desto mehr Geld erhält das Management. Die Mehrheit der Aktionäre wird dem Bericht deshalb zustimmen – schlicht und ergreifend deshalb, weil sie sich eine Kurssteigerung wünscht.



*Peter V. Kunz ist Ordinarius für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung der Universität Bern.

Ethos kündigt Widerstand an, Heitz will klagen

Bei der Grossbank UBS regt sich Widerstand gegen die geplante Décharge an frühere Manager der Ära Ospel.

Zürich. – Die Genfer Anlagestiftung Ethos, zu der vor allem Pensionskassen gehören, will die Entlastung ver-

weigern. «Die früheren Manager tragen einen grossen Teil der Verantwortung für die Verluste der Vergangenheit und die nach wie vor juristisch instabile Lage der Bank», heisst es in einer Mitteilung von gestern. Ethos lehnt auch den Bericht zu den Vergütungen für das UBS-Management ab. Das Vergütungssystem, das an der

letzten Generalversammlung zur Abstimmung vorgelegt worden sei, werde nicht respektiert.

Gar den Rechtsweg beschreiten will Aktionärsvertreter Hans-Jacob Heitz. Er hat gestern Strafanzeige gegen die UBS und deren Organe eingereicht wegen Verdachts auf ungetreue Geschäftsbesorgung. (sda)

Die Reichen leisten sich wieder Luxus

New York. – Der US-Edeljuwelier Tiffany & Co. scheint die schwierigste Zeit hinter sich gelassen zu haben. Im wichtigen Weihnachtsquartal kehrten die gut betuchten Kunden zurück. Vor allem in Europa und den asiatischen Staaten – mit Ausnahme Japans – legten die Verkäufe kräftig zu. Insgesamt wuchs der Umsatz binnen eines Jahres um 17 Prozent auf 981 Millionen Dollar. Unterm Strich blieb ein Gewinn von 140 Millionen Dollar übrig – vier-einhalb mal mehr als noch vor einem Jahr. Tiffany erwartet, dass es 2010 weiter aufwärts gehen wird. (sda)

Superfund Asset Mgt. GmbH
Höchstlerstrasse 24
6850 Dornbirn / Österreich
Tel: +43 5572 372942 8552
Fax: +43 5572 372942 8501
dornbirn@superfund.com
www.superfund.li

Fonds	ISIN	Kurs	YTD ²⁾	seit Start ³⁾	Datum
Superfund Absolute Return I	DE000A0M2JD1	87,66	0,6 %	-12,3 %	17.03.2010
Superfund Q-AG ¹⁾	AT0000979794	6664,00	0,7 %	566,4 %	16.03.2010
SUPERFUND A					
Superfund Q-AG Ansparrplan ¹⁾	AT0000662283	1483,00	0,8 %	48,3 %	16.03.2010
Superfund A USD SICAV	LU0199179838	761,00	-0,9 %	-23,9 %	16.03.2010
Superfund A EUR SICAV	LU0199179911	830,00	-1,3 %	-17,0 %	16.03.2010
Superfund A GOLD SICAV	LU0302258057	1083,00	1,0 %	17,9 %	16.03.2010
SUPERFUND B					
Superfund GCT USD ¹⁾	LU0067494376	2161,00	-1,5 %	292,1 %	16.03.2010
Superfund GCT EUR ¹⁾	LU0138077283	1547,00	-1,7 %	54,7 %	16.03.2010
Superfund B USD SICAV	LU0199180257	829,00	-2,3 %	-17,1 %	16.03.2010
Superfund B EUR SICAV	LU0199180414	750,00	-2,4 %	-25,0 %	16.03.2010
Superfund B GOLD SICAV	LU0302258487	1098,00	-0,7 %	6,3 %	16.03.2010
SUPERFUND C					
Superfund C USD SICAV	LU0199181222	739,00	-5,2 %	-26,1 %	16.03.2010
Superfund C EUR SICAV	LU0199181651	670,00	-5,6 %	-33,0 %	16.03.2010
Garantieprodukte					
Volksbank Superfund Garant I ¹⁾	AT0000486667	131,50	-0,4 %	31,5 %	26.02.2010
Volksbank Superfund Garant II ¹⁾	AT0000486675	125,39	0,5 %	25,4 %	26.02.2010

1) geschlossener Fonds; 2) seit 01.01.2009 untestierte Zahlen; 3) untestierte Zahlen

Zahlstelle in Liechtenstein: Volksbank AG, Feldkircher Strasse 2, FL-9494 Schaan, Tel: +423 239 04 20, www.volksbank.li
Rückschüsse aufgrund der bisherigen Performance der Superfund Q-AG sowie des Superfund GCT USD/EUR (geschlossene Fonds)
auf die zukünftige Wertentwicklung anderer Superfund Fonds, insbesondere auf die Quadriga Superfund SICAV Fonds, sind unzulässig.

SUPERFUND
DIE ZUKUNFT DER GELDLANLAGE